

Der Halle monat. bei zweimal. An-  
nahmen 7.— M., vierteljähr. 21.—  
M., u. Zustellungsgebühr. A. Aus-  
gabestellen abgeholt M. 7.— me-  
not., durch unv. answert. Zweig-  
stellen bei tägl. einmal. Zustellg. 6.—  
M. u. Beistellg. durch die Post  
ermöglicht 9.25 M., vierteljähr. 27.75  
M. einfr. u. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen nehmen alle Postämter  
an. Ankl. Zeitungsverzeichnisse:  
Halle-Zeitung. Für unv. erlangt Ein-  
gang. Manu scripte wird keine Ge-  
bühr übernommen. Redakteur nur  
u. Redaktion. Halle-Zeitung ge-  
gründet. Fern. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

# Halle-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile acht Seiten Raum 75 Pf.  
Familien- u. kleine Anzeigen (private  
Gegenseitigkeitsanforderungen) 40 Pf.  
Reklamen die 92 mm breite Milli-  
meterzeile 3.— Mark. Die Wieder-  
holung Ermäßigung lt. bef. An-  
gebührenbedingungen. Anzeigen neh-  
men an unsere Geschäftsstellen u.  
sämtliche Anzeigenvermittler. Er-  
füllungsort: Halle. Erscheint tägl.  
2 mal, Sonntags und Mon-  
tags 1 mal. Schriftleitung und  
Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
nade 1a, Dr. Brauhausstr. 17.  
Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.  
Poltschke-Rentio Leipzig Nr. 228 15

Nr. 486.

Halle, Montag, den 17. Oktober 1921.

Einzelpreis 40 Pfg.

## Bürgerliche Mehrheit in Berlin.

Ruhige Stadtverordneten-Wahlen.

Berlin, 17. Oktober. Nach nichtamtlicher Zählung  
sind bei 11 Uhr nachts in den Großberliner Stadtver-  
ordnetenwahlen festgelegt in sämtlichen Bezirken  
etwa 815 000 sozialistische und 835 000 bürger-  
liche Stimmen.

Somit ist eine kleine bürgerliche Mehrheit  
zu verzeichnen.

Die Wahlbeteiligung dürfte etwa 70 Prozent betragen  
haben.

Berlin, 17. Okt. Die Großberliner Stadtverordneten-  
wahlen sind bei höchstem Wetter völlig ruhig ver-  
laufen. Da in 2507 Wahllokalen gewählt wurde, konnten  
die Wähler in wenigen Minuten abgerechnet werden. Die  
Wahlbeteiligung scheint diesmal besonders aus dem bür-  
gerlichen Kreisen stark gewesen zu sein, stärker als

in Vorjahr. Das Wahllokal der Minister befand sich  
im Wiener Arcueil, Krausenstraße 2. Hier wählten der  
Reichspräsident, der Reichskanzler und die Minister im  
Zehnthof, Schiffer und Koch.

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtung.) Bei den  
Wahlen haben die Sozialdemokraten und Sozialdemokraten,  
aber auch die Demokraten einen starken Zuwachs  
bestimmen, die in abhängigen und kommunalen  
haben einen Rückgang zu verzeichnen.

Nach Lage der Dinge ist anzunehmen, daß in der neuen  
Stadtverordnetenversammlung die angestrebte Ue-  
bertragung der Mitte von den Mehrheits-  
sozialisten bis einschließlich der Deutschen Volkspartei zu-  
sammen kommen wird. Eine andere Kombination ist mög-  
lich, weil Demokraten und Zentrum es für un-  
möglich halten, im Kampfe mit den Sozialdemokraten zu-  
sammenzuarbeiten.

## Die Zerreißung Oberschlesiens.

London, 17. Oktober. „Oberster“ bringt eine Ueber-  
sicht über die Entscheidung des Obersten Rates in der ober-  
schlesischen Frage, die heute veröffentlicht werden soll. Das  
Rechnungsamt der Regierung des Völkerbundes ist dem Rat  
zufolge, daß die Hälfte des ober-schlesischen Industriegebietes,  
das infolge seiner jahrhundertlangen Entwicklung unter  
deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen  
Mittelpunkte Europas geworden ist, besonders das wirklich  
ertragsreiche Industriegebiet Oberschlesiens Deutschland we-  
genommen und Polen gegeben wird. In der Hauptsache  
läuft die Lösung auf folgendes hinaus:

1. politisch. Die neue Grenzlinie schneidet mitten durch  
das Industriegebiet. Eine Teilung ist festgelegt worden nur nach dem  
Grundsatz, eine Windelbahn von Polen auf deutscher und  
eine Windelbahn Deutsche auf polnischer Seite zu lassen.
2. Wirtschaftlich. Man habe versucht, die politische  
Grenze ihre Bedeutung zu nehmen, indem man gewisse wirt-  
schaftliche Maßnahmen auferlegte, die dazu bestimmt seien,  
den einseitigen Charakter des Industriegebietes während  
eines Zeitraumes von 15 Jahren zu wahren. Es werde die  
Schaffung einer gemischten Kommission von Deutschland und  
Polen vorgeschlagen, sofern beide Parteien dies wünschen,  
und zwar unter dem Vorsitz eines Völkerbundvertreter.  
Diese solle die Befugnis haben, die praktischen Einzelheiten  
zur Durchführung des Planes auszuarbeiten. Der Kom-  
mission solle eine Reihe gemischter Ausschüsse zur Seite  
stehen.

Bei der Frage der Eisenbahnen soll z. B. ein ge-  
meinsamer Ausschuss einen Plan zur Aufrechterhaltung des ge-  
samten Eisenbahnnetzes sowohl auf deutscher wie auf pol-  
nischer Seite der Grenzlinie als gemeinsames System für  
das gesamte Industriegebiet ausarbeiten. Die Einnahmen  
aus den Eisenbahnen sollen nach der Länge der Schienen-  
strecke sowie nach dem Umfange des Verkehrs in den ver-  
schiedenen Zonen verteilt werden.

4. Es ist klar, daß die politische Grenze sofort Voll-  
grenze werde. Um diesen Einwand zu beheben, schlägt der  
Völkerbundrat vor, daß zwei Uebergangsperioden geschaffen  
werden sollen, nämlich eine sechsmonatige Periode und eine  
folgende von 1 1/2 Jahren, während deren die normalen Zoll-  
abgaben eingestellt werden sollen.

5. In der Periode von sechs Monaten soll es den beiden  
Staaten vollkommen gestattet sein, ihre Geschäfte zu organi-  
sieren, als ob die politische Grenze überhaupt nicht bestände.  
Wenn z. B. ein besonderer Artikel, der nach Deutschland ein-  
geführt werde, zur Verarbeitung in Oberschlesien nach einer  
Fabrik geschickt werden soll, die auf der polnischen Seite der  
neuen Grenzlinie liege, so könne der Gegenstand die neue  
Grenze passieren, ohne daß dafür Zoll entrichtet werden  
müsse.

6. In der Periode von 1 1/2 Jahren sollen alle Rohstoffe,  
die aus der deutschen oder der polnischen Zone kommen oder  
in einer von beiden verbraucht werden sollen, die Grenze  
ohne Zoll hin und her passieren. Derselben können z. B.  
deutsche Waren, die in deutschen Fabriken, die in der pol-  
nischen Zone liegen, fertiggestellt werden sollen, zollfrei aus-  
gehen.

7. Die gemischte Kommission soll befugt sein, ein all-  
gemeines Uebereinkommen zwischen Deutschland und Polen  
auszuhandeln, das völlige Ausfuhrfreiheit für die Artikel  
vorsieht, die von den Industrien auf der jeweiligen anderen  
Seite der Grenzlinie gebraucht werden. Eine besondere  
Sanktion ist bezeugt, die es Deutschland nicht gestattet, auf  
Waren aus polnischer Einfuhr Zoll zu legen.

8. Während einer Periode von 15 Jahren sei keinerlei  
Zwangsentgeltung gestattet.

9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze  
leben, haben während der 15 Jahre das Recht, für deutsche  
Untertanenpflicht zu stimmen.

10. Die deutsche Mark wird als gesetzliches Zahlungsmittel  
in der polnischen Zone anerkannt.

11. Die deutsche lokale Gesetzgebung bleibt in Kraft, bis  
die polnische Regierung allgemeine Gesetze ausgearbeitet  
hat.

12. Die Wasserversorgung im ganzen Industriegebiet  
auf jeden Fall, soweit die bestehenden Systeme in Betracht

kommen, bleibt in dauernder internationaler Dienstbarkeit.  
13. Das augenblickliche System der elektrischen Kraft-  
versorgung soll bestehen bleiben. Die Polen sollen jedoch nach  
einem Zeitraum von drei Jahren das Recht haben, eine der  
beiden Kraftstationen im Dreieck anzukaufen. Die Kraft-  
station, die für den Anlauf durch die Polen in Betracht  
kommt, ist die von Chorzow, das auf polnischer Seite liegt;  
die andere Kraftstation, nämlich die von Hindenburg, auf  
deutscher Seite liegt.

### „Es ist ein Wahnsinn“.

Der Innungsausschuß der Stadt Königshütte hat heute  
an den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, den  
italienischen Ministerpräsidenten und an den Völkerbunds-  
rat in Genf folgendes Telegramm geschickt:

Der unterzeichnete Vorkommensrat legt mit allem  
Nachdruck Protest ein gegen die Absicht, die Stadt König-  
shütte von dem alten Mutterlande Deutschland abtrennen  
zu wollen. Es ist ein Wahnsinn, wenn man eine Stadt von  
über 80 000 Einwohnern, die mit über 75 Prozent deutsch  
gestimmt hat, ohne jede Rücksicht nach Polen verschoben will.  
Wir können das nicht glauben und halten es nicht für mög-  
lich, daß der Völkerbundrat so etwas vorge schlagen hat und  
dann noch behaupten will, er wolle die Wünsche der Bevöl-  
kerung erfüllen. Der ober-schlesische Handwerker weiß ganz  
genau, daß er nur in einem deutschen Oberschlesien seine  
Lebensgrundlage findet und daß alles verloren ist, wenn die  
Pläne des Völkerbundesrat zur Wahrgang werden. Wir  
nur der Völkerbundrat einmal zu uns gekommen und hätte  
uns gefragt, dann hätte er einen anderen Eindruck bekom-  
men und anders entschieden. Wir bitten händelnd, noch  
einmal zu überlegen, was man da tun will und uns zu  
fragen.

## Oberschlesien und Europa.

Die Vergebung von Industrie und Rohstoffreserven,  
die im Versailles Vertrag begannen, jetzt durch den Gewalt-  
ent gegenüber Oberschlesien ihre Fortsetzung finden, läßt sich  
nur völlig erklären, wenn man den bevorstehenden Umge-  
staltungen in Oberschlesien die europäische Neuordnung auch  
die Verluste im Westen zur Seite stellt.

Der dem Kriege waren in Europa die Eisenerzvorräte  
deutlich vermindert, so erweist sich, daß Frankreich 29,9  
und England 10,8 v. H. Verluste bezeichnen. Durch den Verlust  
von Lothringen verlor Deutschland etwa 26,5 v. H. seiner  
Reserven. Die Anteile an den europäischen Gesamtreserven  
erfahren folgende Umgruppierung: Frankreich 46,7, Deutsch-  
land 10,6 und England 10,8 v. H. Berücksichtigt man jetzt  
die französisch-luxemburgischen Verhandlungen, die eine  
Einbeziehung der luxemburgischen Wirtschaftskraft zu Frank-  
reich wahrscheinlich machen, so würde Frankreichs Besitz sich  
auf 49,9 v. H. erhöhen. Der auf Polen entfallende Teil aus  
früherem russischen Territorium ist ebenfalls hinzu zu zählen.  
Nimmt man dann endlich aus dem jetzt gefährdeten Gebiet  
die Reservengabe hinzu, so ergibt sich, daß Frankreich-Polen  
die Hälfte der europäischen Eisenerzvorräte beherrschen,  
mit einem Viertel der Weltvorräte die größten Eisenerz-  
besitzer der Welt sind.

Die produktionspolitische Bedeutung solchen Besizes für  
die Weltwirtschaft liegt nun darin, ob neben den Eisenerzen  
auch ein entsprechender Besitz an Kohlen vorhanden ist, da  
nur durch die innerlich volkswirtschaftlich verbundene Zu-  
sammenwirkung von Eisen und Kohle eine besondere Kraft-  
stellung auf dem Weltmarkt erreicht werden kann. Hier  
liegt die Triebfeder der französischen Politik gegenüber der  
ober-schlesischen Frage. Die Kohlenreserven Frankreichs  
waren vor dem Kriege sehr gering. Während Deutschland  
51,1 und England 25,7 v. H. der europäischen Vorräte be-  
sitzt, hat Frankreich nur 1,8 v. H. auf. Durch den Ver-  
fall der Vertrag ist Frankreich vorläufig die Nutzung des  
Saargebietes (2,3 v. H.) zugesprochen worden. Polen besitzt  
die galizischen Vorräte (4,6 v. H.) und das Kohlenbecken von  
Dombrowa (9,4 v. H.). Jetzt, durch die bevorstehende Teilung  
von Oberschlesien, verlieren wir zugunsten Polens rund 90  
v. H. unserer dortigen Reserven, die insgesamt 24 v. H. der  
europäischen Vorräte darstellen. Frankreich-Polen haben  
also dann von den europäischen Kohlenvorräten insgesamt  
90,7 v. H. in ihren Wirtschaftsbereich gezogen. Deutsch-

lands Anteil an den Reserven ist auf 32,5 v. H. gesunken.  
Frankreichs Wirtschaftspolitik, bei seinem früheren starken  
Bedürfnis nach englischer Kohleneinfuhr zur Nutzung seiner  
Erze, hat nunmehr in polnischer Gemeinschaft England  
sohlenwirtschaftlich bestetzt, eine industrielle Machtposition  
erzwingen, die in Gemeinschaft mit seinem militärischen  
Druck schwerer europäische Wirtschaftserlöshütungen im Ge-  
folge haben muß, Ersparungen, die vor allem auch ihren  
Ausgangspunkt in dem Wirtschaftsstampfen England-Frank-  
reich haben werden.

Darin liegt die ungeheure europäische und weltwirt-  
schaftliche Bedeutung und Gefahr der Entschlebung des  
Völkerbundes. Durch die Teilung Oberschlesiens erfährt  
nicht nur die deutsche Wirtschaft eine neue außerordentliche  
Schwächung, wird nicht nur die Erfüllungspolitik in größtem  
Ausmaße in ihrer Durchführung außer- und innerpolitisch  
gefährdet, wird nicht nur die Auswirkung der deutschen  
Arbeit auf dem Weltmarkt durch weiteres Sinken der Mark  
nach der Richtung hin gefährdet, daß Deutschland zum Ex-  
porteur der Arbeitslosigkeit in den fremden Ländern ge-  
macht wird, sondern auch England verliert, je stärker sich die  
wirtschaftlichen Auswirkungen der volkswirtschaftlichen Um-  
gruppierungen auf dem europäischen Kontinent zeigen, die  
Basis seiner weltwirtschaftlichen Position. Alle Hoffnungen  
für eine Besserung in absehbarer Zukunft beruhen jetzt dar-  
auf, daß England rechtzeitig diese ihm selbst drohenden Ge-  
fahren erkennt, und daß dadurch eine so weitgehende Gleich-  
heit in der Einstellung zu den europäischen politischen und  
wirtschaftlichen Problemen in Deutschland und England  
herbeigeführt wird, daß eine baldige Revision des Friedens-  
vertrages und aller von ihm ausstrahlenden Verhältnisse  
herbeigeführt werden kann. Das bedeutet keineswegs eine  
Politik, die sich auf eine Zertrümmerung der Entente ein-  
stellt, um neue machtpolitische Konstellationen herbei-  
zuführen. Denn darüber wird man sich klar sein müssen,  
daß mangels der organisatorischen und technischen Bedin-  
gungen einer den Bedürfnissen Europas entsprechende Nutzung  
der in ihre Hände gegebenen Reichtümer Frankreich und  
Polen selbst sehr bald erkennen werden, daß dieser Reichtum  
für sie selbst unzulänglich Quelle innerer wirtschaftlicher  
Kämpfe und sozialer Auseinandersetzungen werden wird.  
Wenn in der augenblicklichen Konstellation die härtere  
deutsche Stimmung auf der Gleichheit mit den englischen In-  
teressen ruht, so darf und soll dies nicht zu einer chauvinis-  
tischen und nationalpolitischen antifranchesischen Politik schlei-  
den führen.

## Gegen die Frankeneinführung

im Saargebiet

Saarbrücken, 15. Oktober. Eine auf 25 000 bis 30 000  
Personen geschätzte Versammlung protestierte heute gegen  
die von der Regierungskommission zur Erweiterung des  
Frankenmarktes ergreifenden Maßnahmen. Die Redner be-  
tonten, daß die Saarbevölkerung bereit sei, gemeinsam mit  
der Regierungskommission für das Wohl des Saargebietes zu  
arbeiten, aber fordert müsse, daß die Regierungskom-  
mission nicht ländig gerade das Gegenteil dessen zum Geleste  
mache, was die Bevölkerung als ihren Wunsch zu erkennen  
gibt. Die Bevölkerung habe das Recht auf Selbstbestim-  
mung und lasse es sich nicht bieten, daß man ihr jetzt gegen  
ihren Willen den Franken aufdränge. Es wurde einstimmig  
eine entsprechende Entschließung angenommen. Zum Schluß  
wurde ein Telegramm an den Völkerbund ge-  
schickt, in dem die Versammelten bekräftigen, daß sie geschlossen  
hinter den Erklärungen und Forderungen der nach Genf ent-  
sandten Delegation stehen und der Völkerbund bitten, im  
Sinne der vorgeschlagenen Wünsche baldig durchgreifende  
Maßnahmen treffen zu wollen.

Das Telegramm ist geschickt von der Demokratischen  
Partei, Deutschen Volkspartei, Deutschnationalen Volks-  
partei und der Zentrumspartei. Die Sozialdemokraten  
unternehmen ähnliche Schritte.

## Die Winterversorgung der Beamten

wurde am Donnerstag im Ausschuss für Beamtenangelegen-  
heiten des Reichstages Landtags besprochen. Es wurde  
darüber diskutiert, ob für die Beamten eine Bescha-  
ftigungsgesetzgebung erwogen werden solle oder ob die Er-  
höhung des Grundgebaldes und der Kinderzuschläge mit rück-  
wirkender Kraft das Angemessene sei.

Der demokratische Abgeordnete Artelt-Hannover bemängelte,  
daß von den Antragstellern keinerlei positive Vor-  
schläge gemacht worden seien. Er wies weiter darauf hin,  
daß der Deutsche Beamtenbund in dieser Frage bereits eine  
Audiens beim Reichspräsidenten gehabt habe und daß Ver-  
handlungen zwischen den Spitzenorganisationen und der  
Reichsregierung im Gange sein lassen. Auch die Fraktionen  
des Reichstages hätten sich an das Reichsfinanzministerium  
gewandt. Bevor man etwas unternehme, müsse man Kenntnis  
über den Stand dieser Verhandlungen haben. Er schloß  
sichals vor, zunächst die Spitzenorganisationen über die  
Frage zu hören. Handelt man ohne sie, so könne man Ge-  
fahr laufen, bereits in Aussicht genommene Maßnahmen zu  
fassen und zu einer Regelung zu kommen, die gar nicht im  
unbedingten Interesse der Beamten liege. Die Bespre-  
chungen wurden darauf auf Dienstag vertagt, da der Finanz-  
minister derzeit verreist ist. Dieser soll zur nächsten Sitzung  
eingeladen werden. Anschließend hieran sollen dann nach  
dem demokratischen Vorschlag die Spitzenorganisationen ge-  
hört werden.

# Politische Wochenschau.

Von C. Delius, M. d. R.

In der verflochtenen Woche mühte das schwergeprüfte deutsche Volk eine neue schmerzliche Enttäuschung erleben. Oberflächlich geht in seinen wertvollsten Teilen Deutschland verloren, das ist die Schreckenstafel von Gent. Noch ist die Entscheidung des Völkerbundesrats der deutschen Republik nicht bekanntgegeben, und wenn auch einige Abweichungen im Plan des „hohen“ Rates möglich sind, so bleibt doch an der Tatsache des Verlustes wichtiger Gebiete des seit 750 Jahre deutschen Oberriesens nicht zu zweifeln.

Über die Folgen dieses Beschlusses haben sich letzter bisher die meisten Deutschen keinen rechten Begriff gemacht. Und viel zu wenig hat namentlich in letzter Zeit sich die öffentliche Meinung mit Oberflächlichem beschäftigt. Eine gewisse Sicherheit hatte sich weiter Kreise angeeignet der wiederholten Reden des englischen Ministerpräsidenten demnach. Diesmal glaubte man seinen Worten umgeben. War doch auch die Annahme des Ultimatum nur dadurch möglich gewesen, daß die inoffiziellen Zusicherungen des englischen Vorkriegs für bare Münze angenommen wurden. Diejenigen Abgeordneten, die damals auf solche Versicherungen nichts gaben, weil schon so oft trübe Erfahrungen gemacht wurden, mußten sich von unerwartetlichen Beifälligen Wortworte magen lassen. Die Zweifel haben leider zu recht behalten. Die Politik des Ultimatum hat Schiffbruch erlitten. England wird aller Voraussicht nach sein Wort wieder einmal nicht halten und sich mit Frankreich auf Kosten Deutschlands verständigen. Wenn doch nur endlich für die Zukunft die nötigen Schritte gezogen werden! Der Vorgang beweist uns immer wieder, daß wir auf irgendeine Hilfe bei den Lebensfragen des deutschen Volkes nicht rechnen können, wenigstens solange nicht, als die Feindstaaten nicht selbst dabei schwer in Mitleidenhaft gezogen werden. Vielleicht ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo sich die Vernichtungspolitik der Gegner gegen die selbst richtet. Freilich scheint mir das für Deutschland wenig tröstlich zu sein, wenn es selbst vorher zugrunde gerichtet würde. Immerhin liegt darin vielleicht die einzige Möglichkeit des Wiederaufbaus Europas. Jedenfalls, der schwache Glaube an die Gerechtigkeit des Völkerbundes ist auch nach dieser Entscheidung völlig zerstört worden. Deutschland wird vorläufig in der schmerzlichen Tatsache rechnen müssen, daß zu ihm rund 4 Millionen Deutschen, die man entgegen ihrem Willen von uns getrennt hat, noch weitere Hunderttausende hinzutreten, trotz des harten Spruches bei der Volksbestimmung. Dies und die Herabsetzung des Wirtschaftsbereiches Deutschlands wird eine neue Wunde werden, die nie vernarben kann. Sie bleibt wie der ganze Friedensvertrag von Versailles die größte Gefahr für die Ruhe der Welt. Auf das klare Ziel der Revision des Vertrags und die einwandfreie Lösung der Schuldfrage am Weltkrieg muß die deutsche Politik mehr als bisher eingestellt werden. Nur von beiden Lösungen kann Deutschland noch eine bessere Zukunft erwarten.

Durch die Entscheidung über Oberflächlich ist das gegenwärtige Kabinett der Erfüllung unzulänglich geworden. Es sollte eigentlich keinen Streit darüber geben. Ein parlamentarischer Staat ist nicht einem solchen Fehlschlag der Politik eine andere Lösung nicht möglich. Gewiß trägt die Regierung seine Schuld an dem Fehlschlag, aber sie baute ihre Politik der Erfüllung auf Oberflächlich auf. Wenn sie jetzt die unglückliche Entscheidung antehem muß, entfällt damit auch die letzte sehr schmale Möglichkeit, das Reparationsprogramm erfüllen zu können. Unter weissen Führung eine neue Regierung zu bilden ist, ist gewiß nicht nebenächlich, tritt aber im Augenblick hinter der Frage zurück, ob nicht gerade jetzt so schnell wie möglich die Verbreiterung der Regierungsgrundlage zu erfolgen hat. Wenn jetzt irgendwelcher Eindruck im Ausland gemacht werden soll, muß eine breite Plattform gefunden werden. Die neue Regierung, die meines Erachtens keine Regierung Wirth sein kann, hat eine klare Sprache zu führen. Unter Ablehnung des Spruches des Völkerbundes, dessen Ausführung wir leider aber in unserer Ohnmacht nicht hindern können, hat die Revision des Ultimatum mit der Erklärung zu verlangen, daß dessen Durchführung völlig unmöglich geworden ist. Die richtige Ablehnung aller Verpflichtungen ist, wie sie von Vorkriegszeiten, die kein Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, gefordert wird, kann für ruhig denkende Politiker natürlich nicht in Frage kommen. Sie würde ungewisselhaftig zur Katastrophe führen. Aber klar muß der Entente gemacht werden, daß durch den Wegfall dieser wertvollsten Gebiete Deutschlands Leistungsfähigkeit noch mehr herabgedrückt wird, jedoch aller guter Willen zur Erfüllung nicht ausreicht.

Ob die Deutsche Volkspartei jetzt noch bereit ist, in die Regierung einzutreten, werden die nächsten Tage zeigen. Die Unabhängigen, bei denen starke Strömungen für einen Eintritt vorhanden waren, scheidet ohne weiteres aus. Und doch wäre es eine ideale Lösung gewesen, wenn die U. S. P. unter Anerkennung der Verfassung und unter Aufgabe ihrer utopischen Ziele an der Regierung sich beteiligt hätte. Die demokratische Reichstagsfraktion hat stets die Ansicht vertreten, daß alle Parteien, die auf dem Boden der Verfassung und Weimar stehen und dies unabweislich zum Ausdruck bringen, in dieser schweren Zeit zur Mitterantwortung herangezogen werden sollten. Diese Politik scheint jetzt wenigstens teilweise zum Ziele zu führen.

So gehen wir in den nächsten Wochen ereignisreichen Zeiten entgegen. Der Reichstag dürfte Ende nächster oder Anfang übernächster Woche zusammenzutreten. Möge er dann in allen seinen Parteien geschlossen zusammenstehen und nicht von neuem die Würde vernichten lassen, die ein Volk, und namentlich ein solches von der Kulturhöhe des deutschen, auch in der Stunde tiefer Demütigung besitzen muß. Anzuwenden muß der Reichstag, ebenso wie es die Deutsche Demokratische Partei bereits getan hat, gegen die neue Verengung und die Durchbrechung des Friedensvertrages Protest einlegen. Aufgabe der deutschen Bevölkerung bleibt es aber, ihrerseits die Volksherrschaft durch Massenfundierungen zu unterstützen. Es gibt auch einen Augenblick, wo die Wendung eines langmütigen Volkes eine Grenze finden muß. Dieser Augenblick scheint endlich gekommen zu sein. Das deutsche Volk darf nicht länger mit seiner Ehre spielen lassen.

„Nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr Mißgeschick an ihre Ehre.“

## Demokratische Jugendtagung.

Am 8. und 9. Oktober tagte in Jena unter harter Beteiligung aus dem ganzen Reich der Reichsausschuß der Deutschen demokratischen Jugend. Professor Gerland-Jena begrüßte die Jugend im Namen des Parteivorstandes, Prof. Rosenhals überbrachte die Grüße der Thüringer Demokratie. Die demokratischen Arbeitnehmer vertrat ihr Geschäftsführer Dahl-Berlin.

Am ersten Tage der Verhandlungen sprach der Vorsitzende Heinrich Landshof-Hamburg über die nächsten Aufgaben der Bewegung. Politik ist Schlüsselwörter der Nation und daraus ergibt sich für eine politische Jugendbewegung die Zielsetzung von selbst. Die politische Jugend kann nicht in der Romantik ihre Kräfte verzeihen. Sie muß durch politische Willensbildung beheimatet auf das Werden der Dinge einwirken. Aus der Jugend selbst heraus muß der neue Staatsgedanke wachsen, sie muß mit innerer Weirbeitskraft und aus eigener Verantwortung heraus Neues schaffen. Aber zielklar und mit klarem Blick für die gegebenen Voraussetzungen. Die Bewegung der deutschen Arbeiterjugend ist dem Wesen der demokratischen Jugend am verwandtesten. Landshof schloß mit einem entscheidenden und begeisterten Befehlennis zur demokratischen Republik.

Dem Referat folgte eine lebhaftige Aussprache, die gleichzeitig durch ihre Höhe besonders abgab für den Geist, der in der demokratischen Jugend überall lebendig ist. In allen wesentlichen Fragen der Bewegung zeigte sich eine erfreuliche Gleichheit der Gesinnung. Aus dem Tätigkeitsbericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Wirth am zweiten Tage ging hervor, daß auch äußerlich in fast allen Teilen des Reiches die demokratische Jugendbewegung aus eigenen Kräften und geistig selbständig fortschreitet. Das letzte Jahr hat der Bewegung in allen Teilen des Reiches einen Aufschwung gebracht, selbst über die Reichsgrenzen hinaus. Dem Vorstand wurde einmütig bis zum nächsten Jugendtag das Mandat verlängert. Mehrere Entschlüsse wurden angenommen, darunter ein Gruß an die Reichsregierung Wirth: „Wünschen 1922 wird in Mitteldeutschland die erste allgemeine Reichstagsung der gesamten demokratischen Jugend in größerem Rahmen stattfinden.“ Die Tagung wurde mit einem begeisterten Hoch auf die deutsche Republik geschlossen.

## Jugenerplage in Preußen?

Der preussische Innenminister beantwortete die kleine Anfrage des Abg. Dr. Regenborn, wie folgt: „Der Staatsregierung ist bisher nichts darüber bekannt geworden, daß die Provinz Schleien in zunehmendem Maße von Zigeunern bedrängt wird.“

Nach der noch in Kraft befindlichen Anweisung vom 17. Februar 1900 zur Bekämpfung des Zigeunerwesens (Wirthl. II. 1906 S. 54) ist ausländischen Zigeunern der Aufenthalt über die Reichsgrenzen mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu verweigern. Gleichwohl im Staatsgebiet befindliche Zigeuner sind festzunehmen und auszuweisen. Bei inländischen Zigeunern ist anzunehmen, daß sie möglichst an einem bestimmten Orte festgehalten werden und nicht im Umherziehen der Bevölkerung zur Last fallen. — Gegen alle Straftaten umherziehender Zigeuner ist mit besonderem Nachdruck einzuschreiten; dauernde polizeiliche Beobachtung ist angebracht. — Im übrigen ist im Jahre 1912 in allen Provinzen eine am 1. Juni 1912 in Kraft getretene Polizeiverordnung erlassen worden, durch die das bündelartige Umherziehen von Zigeunern unter Strafe gestellt wird. — In ähnlicher Weise ist vor kurzem im Reichstags eine Anfrage über Zigeunermisellen in der Provinz Hannover gestellt worden. Nach dem zur Sache erforderlichen Bericht des Oberpräsidenten in Hannover kann, wie der preussische Minister des Innern, der Reichsinnenminister mitteilt, in seiner Provinz von einer Zigeunermiselle in dem von dem Reichstagsabgeordneten Dufour behaupteten Umfang wohl nur im Gebiet des Harzes gesprochen werden; indes erschienen auch in anderen Gauen der genannten Pro-

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Roman, 18. Okt. Inhalt: Die Stiebs des jungen Eitrich. Roman von Hermann Wagner. — Am Mittelstand. Von Hans Fr. Hund. — Epigramme. — Aufführung in Leipzig. — Bunte Zeitung.

## „Frau Dopfhar.“

Halle, den 16. Oktober.

Eine Jugendbühne! so nannte der Komponist, Professor Alfred Rahms, gleichsam entscheidend das kleine musikalische Lustspiel, das vor mehr denn einem Dutzend von Jahren in einer westdeutschen Stadt — in Essen, wenn ich nicht irre — herauskam und jetzt in veränderter Fassung an unserer Bühne seine Aufführung erlebte. Da er nun nicht, was man sonst mit Jugendbühnen zu tun pflegt, sie beschwieg oder vertugelte, so mußte er wohl annehmen, daß das Wert einer Wiedererweckung wichtig sei. Die Aufführung hat uns aberzeugt, daß Rahms eine zweifelhafte Begabung gerade für das höhere Genre besitzt. Der Text ist nicht hervorragend. Zwar beneiden die Autoren, C. von Jambensky und W. Sagen, Gehör für bühnenwichtige Anlage, aber die Gestaltung in einzelnen ist nicht eben geistvoll, und manche Stellen, die wenig feil sollen, wirken geradezu kindlich und wenden sich an anspruchslose Gemüter. Mit Literatur hat das Libretto nichts zu tun. Um so bemerkenswerter ist, daß es Rahms es gelungen ist, dazu eine Musik zu schaffen, die wirklich selbständige Eigenheiten aufweist. Er vermeidet durchweg den sehr verbreiteten Fehler moderner Komponisten, schweres Gehör aufzuführen. Er bietet wieder ein Aibelungorchester auf, noch schmelzt er in Trifflharmonien, sondern schreibt eine graziose, in leicht beschwingenen Rhythmen hineinleuchtende Musik, die auch in ihrer durchsichtigen Instrumentation dem Charakter des Lustspiels am besten entspricht. Das ist jedenfalls ein sehr wertvoller und nicht zu unterschätzender Zug, dies ungeschworene Musikstücken, das seit der älteren Dopfhar nicht mehr oft zu finden ist. Am glücklichsten ist der Gedanke des kleinen musikalischen Lustspiels im ersten Teil verwirklicht, und wie gut das musikalische Lang, konnte man nach dem Abspielungsraum vermuten. Später heuert die Musik mit vollen Segeln ins Festspiel der Operette.

Die Aufführung war gänzlich durch Leopold Sachse und musikalisch durch Viktor Braun ausgezeichnet vorbereitet. Es wurde nicht gespielt, mit einem

kräftigen Stich ins Poffenhafte, der der Gesamtwirkung sehr günstig war und über manche Schwächen des Textes elegant hinwegleitete. Herrichte Böhmmer machte aus der lieblichsten Vorkriegsmitte eine gute Schwankfigur von wirkungsvoller Komik. Ihre Tochter Lucie spielte Hilde Böhmer mit Grazie, und Anna Enghardt als übermütiger Bassistin zeigte sich durchweg bemerkenswert. Aus Heinrich Lehmer als Provinz-Schmalbe, der aus praktischen Rücksichten — wenn auch mit fäulerlicher Miene — schließlich doch die Witwe nimmt, da die Tochter verfaßt ist, wartete mit allerlei burlesken Einfällen auf. Stegmund Marzessowitsch als Heinz war weder besonders bemerkenswert, noch entzückte er durch die für einen jugendlichen Heißhunger wünschenswerte Schönheit der Stimme.

Die Aufführung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und der Komponist, der einen mächtigen Kranz und andre Blumenpenden empfing, mußte mit den Darstellern zahlreichen Hervorrufen Folge leisten.

Voraus ging ein anderer Einakter, H. Alberts sein gearbeitetes Lustspiel „Die Abreise“. Es geht zu seinen glücklichsten Bühnen und stammt aus einer weit zurückliegenden Zeit, als er sich noch nicht der an die Instrukte der breiten Masse appellierenden Kinodramatik verschrieben hatte. Es ist ein Stück köstlicher Kammerkunst. L. Sachse hatte ihm einen vornehmen italienischen Rahmen gegeben, und Braun ließ die sauber akzentuierte Musik in ihrer ganzen Reize sich erhellen. Willy Sonnen gab den Gesellen mit Wärme, war aber gelanglich ungleichmäßig, überhaupt erscheinend mit seine himmlische Weiterentwicklung nach dem verheißungsvollen Anfang nicht unbedenklich, da sie dem Gegenteil einer aufsteigenden Linie gleicht. Auch Hilde Böhmer fand hier nicht stetig auf gleicher Höhe; ihre vornehm amüsiges Spiel berührte doch sympathisch. Heinrich Lehmer er glänzte als Trotz durch himmlische Qualitäten, die nicht jedem Buffonator eigen sind, und durch elegantes Spiel.

## Szanto-Quartett.

Halle, den 15. Oktober.

Der „Hallische Rundzeitung Hölberg“ hatte zu einem Kammermusikabend eingeladen. Da es hierzu das nach seinem Primargebiet benannte Münchener Szanto-Quartett gewonnen hatte und in seinem Festsaal im Bootshaus einen für intime Veranstaltungen trefflich geeigneten Raum besitzt, da waren die künstlerischen Vorbereitungen auf

glücklichste erfüllt. Hauptsächlich trägt man in Zukunft auch für programmatische Abwicklung mehr Sorge. Auf 7 Uhr war das Konzert angelegt, 3/8 dachte man bereits daran, die Halle gebührend zu machen und wenig vor 1/29 begann das Konzert. Für einen, der auf Pünktlichkeit rechnet, eine rechtlich harte Gebührensprobe!

Drei Werke der Quartettliteratur zierten das Programm. Die Quartettvereinigung setzte sich mit so ausgezeichnetem Können dafür ein, daß man einen vollkommenen Kammergenuss empfangt. Die vier Instrumente bildeten einen durchaus homogenen Klangkörper, und die Spieler hatten sich mit tief eindringendem Verständnis in den geistigen Gehalt der Werke versenkt. Das feinstliche Geschehen, das die Musik widerspiegelt, fand in der sorgfältig vorbereiteten und bis in Einzelheiten feil abgemessenen Wiedergabe seinen entsprechenden Ausdruck. Die zweite, so ganz unwahrscheinliche Melancholie in Schuberts „Wald-Quartett“, die sich erst in den hellen Wald-Klänge des Finales befreit löst, schlug die anständigste Leidenschaft ganz in Bann. Es folgte das von großer Kraft erfüllte Verdenquartett von Haydn, im Finales zu höchster Aufrichtigkeit gesteigert. Mit edlem Ton und virtuoser Technik ausgeführt, entfaltete es den vollen Reiz überberglicher Frische. Das Quartett op. 59,1 von Beethoven, das ich leider nicht mehr hören konnte, bildete den Schluß. Dr. Hans Kleemann.

Max Hofes Deutscher Musiksalonabend 1922. — Max Hofes Verlag, Berlin W. 15. 37. Jahrgang, 1922.

Dieses ausgezeichnete Handbuch erscheint auch für 1922 wieder in gebogener, geschmackvollem Gewande und in einer Ausbeugung auf drei Bände. Der erste, das eigentliche Salonband, ist fest gebunden. Er enthält auch das praktische Musikalienverzeichnis sowie die Adressen der Musikalien-Verleger, Konzert-Direktionen, des Wagneres der deutschen Opern und Operntheater, der Musik-Zeitungen, der allgemeinen Musik-Vereine und -Verbände sowie der Stiftungen — also lauter wertvolles Material. Der zweite und dritte Teil umfassen die denkbare vollständigen und genauesten Angaben über Bibliotheken und Sammlungen, staatliche Anstalten und Beförderer, Theater, Gesangs- und Musiklehrer, Orchester, Gesangsvereine, Konzertgänger, Solisten, Musiktrichter, ausübende Musiker, Konzertagenturen, überhaupt Alles, was mit der Pflege der Musik zusammenhängt. Die Uebersichtlichkeit des Inhalts erleichtert dabei die Benutzung des Wertes erheblich.

So ist „Max Hofes Deutscher Musiksalonabend 1922“ unentbehrlich für jeden Musiker, für jeden Musikfreund. Dr. G. H.